Zum Seetreffen in der Otranto-Straße

die Entscheidung wählen. Aber die deutsche Antwort auf solche englische Anmaßung kann und darf nur das deutsche Schwert erteilen.

Mißstimmung gegen England in Nordfrankreich.

Sicheren Nachrichten zufolge ist die Stimmung der Bevölkerung im englischen Nordfrankreich der englischen Besatzung mehr als überdrüssig. Allgemein ist die Ueberzeugung verbreitet, daß nur England an der Länge des Krieges und an allem Unglück schuld ist. Auch ein am 10. Mai bei Montrichard von den Deutschen gefangen genommener Angehöriger des 2. Territorialregiments Nr. 47 erklärte, daß man in Frankreich den englischen Bundesgenossen kein Vertrauen mehr entgegenbringe, da England bloß für sich arbeite. An eine Rückgabe von Calais an Frankreich glaubt der Franzose nicht.

Französische und italienische Stimmen zur Kanzlerrede.

Die Pariser Blätter wenden sich in scharfer Weise gegen die Kanzlerrede. Ernsthafte Kommentare finden sich nur im „Debats" und im „Petit Journal". „Debats" beschäftigt sich dabei mit den Kombinationen über eine Kanzlerkrise, die in der französischen Presse einliefen, und warnt davor, diesen Gerüchten Wert beizumessen. Im „Petit Journal" schreibt Pichon: Die Kanzlerrede sei voller Ränke für die Entente. Ueber die Kriegsziele hat der Reichskanzler sich im selben Sinne wie bereits im Monat Dezember 1916 geäußert. Er bestätigt, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungen der Mittemächte herrschten. Er räume Rußland direkt Vorteile ein und zeige Spanien, daß er gern gewillt sei, ihm zu Gibraltar zu verhelfen. Er würde es sehr gern Portugal anbieten, wenn er es einnehmen könnte. „La France" erklärt: Die Alliierten dürfen von der Großmütigkeit und der Milde Deutschlands nichts erwarten, der Friede wird für Deutschland so ausfallen, wie ihn die deutsche Armee gestatten würde. Die Entente muß eine Realpolitik einschlagen, welche die so klug und geduldig geführte deutsche Politik im Schach halten könne.

Zu der Rede des Reichskanzlers erklären „Corriere della Sera" und „Secolo", daß sie sich in Deutschland wie im Auslande getäuscht haben. „Corriere della Sera" sagt, die Unzufriedenheit rühre von den Ungeduldigen her, die von Worten verlangten, was Worte nicht geben könnten. Man hätte voraussehen müssen, daß der Kanzler kein konkretes Friedensprogramm vorlegen könnte. Alle bisherigen Friedensvorschläge seien nur dazu bestimmt gewesen, die feindlichen Widerstandskräfte zu schwächen. „Secolo" erklärt, der kindliche Glauben derer, die vom Reichskanzler die Bekanntgabe seiner Kriegsziele erwarteten, sei enttäuscht worden. Der Rest des Kommentars wendet sich gegen Scheidemann, aus dessen Ausführungen die ganze Falschheit der illoyalen Sozialisten hervorgehe.

Der französische Kriegsminister über die augenblickliche Lage.

Dem „Handelsblad" wird aus London gemeldet: Der französische Kriegsminister Painlevé hat dem Berner Korrespondenten des „Daily Expreß" in einer Unterredung folgendes gesagt: Es besteht zwischen den englischen und französischen Armeen solche vollkommene Uebereinstimmung, wie sie in der Kriegsgeschichte noch niemals vorgekommen ist. Der dunkle Punkt am Horizont ist Rußland, aber auch dieser Sturm wird sich legen. Wir müssen ruhig und geduldig sein. Die italienische Offensive wird kräftig und die Schlacht, die dort geschlagen werden wird, wird heftig sein. Unsere Soldaten werden gemeinsam einen fortwährenden Druck auf die deutschen Streitkräfte ausüben und ihnen von Zeit zu Zeit unerwartete gewaltige Schläge beibringen, die den Feind, wie stark er auch sein mag, zum Wanken bringen werden. Amerika verleiht uns nun kostbare Unterstützung und wird uns später noch mehr helfen. Dann wird es, wenn die Zeit für die entscheidenden Schlachten gekommen sein wird, seine Armee senden. Als der Korrespondent fragte, wie lange er denke, daß der Krieg noch dauern werde, da schwieg Painlevé einen Augenblick. Darauf meinte er mit ernster Stimme, das Ende sei noch nicht sichtbar.

Die Ereignisse in Rußland.

Entwurf einer Regierungserklärung.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Um 8 Uhr fand eine Sitzung der vorläufigen Regierung, des ausführenden Tumaausschusses und von Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates statt, in deren Verlauf Ministerpräsident Lwow sagte: Die angekündigte Regierungserklärung enthält eine Reihe von Bedingungen und Forderungen, deren Annahme die Regierung als durchaus notwendig für den Erfolg ihrer Arbeit betrachte. Die Hauptbedingung ist die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer entschiedenen Erklärung seitens des Soldaten- und Arbeiterausschusses, in der er der vorläufigen Regierung sein volles Vertrauen ausspricht. Der Entwurf der Regierungserklärung enthält acht Punkte: Die Erklärung achtet streng die Grundsätze eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Rechtes der Völker, frei über ihr zukünftiges Geschick zu entscheiden, und betont, daß eine Niederlage Rußlands und seiner Verbündeten die Quelle des größten Nationalunglücks sein würde. Infolgedessen hat die Regierung das feste Vertrauen, daß die revolutionäre russische Armee den Sieg der Deutschen über die Verbündeten nicht zulassen werde. Außerdem spricht die Regierung in der Erklärung den festen Entschluß aus, gegen die wirtschaftliche Verwirrung nicht nur mittels Aufsicht, sondern auch durch Organisation der Erzeugung zu kämpfen. Die Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um die Ausnutzung des Bodens zu regeln, wobei sie die Frage des Grundbesitzes offenläßt, die von der konstituierenden Versammlung geregelt werden soll. Fürst Lwow erklärte, der Entwurf der Erklärung habe den Charakter eines Ultimatums, und bestand darauf, daß er in seinem ganzen Umfange angenommen werden müsse.

Das neue russische Kabinett.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die Regierung und die demokratische Partei einigten sich über die Verteilung der Ministerporteseuilles wie folgt: Fürst Lwow, Ministerpräsident und Ministerium des Innern, Tereschtschenko auswärtige Angelegenheiten, Kerenowsow Handel und Industrie, Todnew Staatskontrolleur, der Sozialist Skobelew (Vizepräsident des Rates der Soldaten- und Arbeitervertreter) Arbeitsminister, der Rechtsanwalt Perewerzew Justiz, der Sozialist Tschernow Ackerbau, der nationalistische Sozialist Plechanoff Verpflegung, Kerenski Krieg und Marine, Schingarew Finanzen, Tseretelli Post und Telegraphen, Nekrasow Verkehr, Manuilow öffentlicher Unterricht. Außerdem wurden Professor Grimm und Fürst Schakowskien (Sekretär der ersten Duma) als Kandidaten für die Aemter eines Ministeriums für die die konstituierende Versammlung betreffenden Angelegenheiten und für das Ministerium öffentlicher Hilfsleistungen aufgestellt.

Der Gedanke einer Militärdiktatur.

wird in verschiedenen Petersburger Organen erörtert. Man bringt ihn in Zusammenhang mit dem Rücktritt Gurkos und Brussilows, verschließt sich aber nicht der Gefährlichkeit eines solchen Experimentes.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Kriegszielfrage. Das „Wiener Fremdenblatt" brachte vor kurzem einen Artikel, worin dem Kanzler nahegelegt wurde, zu erklären, daß Deutschland keine Annexionspläne im Westen habe. Verschiedentlich wurde der Artikel als von der k. u. k. Regierung inspiriert bezeichnet. Dazu können wir erklären, daß das Wiener Fremdenblatt zwar eine sogenannte freiwillig offiziöse Zeitung ist, daß aber seine Mitteilungen und Ansichten durchaus nicht immer die der k. u. k. Regierung sein müssen. Von irgendwelchen bindenden Abmachungen in diesen Fragen kann noch keine Rede sein.

Neuorientierung in Mecklenburg. Die Ministerien beider Großherzogtümer Mecklenburg veröffentlichen einen Erlaß der Großherzöge Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin und Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz, des Inhalts, daß nach einem Entschluß der Großherzöge die Verfassungsreform durchzuführen ist und neue Beratungen stattfinden sollen. — In dem Erlaß des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin heißt es: Die wunderbare, nicht hoch genug zu bewertende Haltung, welche unser Volk in allen seinen Teilen während der schweren Kriegsjahre bekundet hat, sowie die durch den Krieg bewirkte Aenderung der Verhältnisse, haben uns die Frage nahegelegt, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, um die Verfassungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Wir halten es im Einvernehmen mit S. Kgl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz deshalb für erwünscht, daß beide Regierungen mit angesehenen Persönlichkeiten von verschiedener Lebensstellung, mit Ständemitgliedern und mit Angehörigen anderer Kreise bald tunlichst zu einer Besprechung über die Grundlagen einer neuen Verfassungsvorlage zusammentreten. Auf Grund der Ergebnisse der Besprechungen sehen wir Vorschlägen über die Weiterführung der Verfassungsverhandlungen entgegen.

Wieder eine Kundgebung. Dem Verbande der preußischen Landkreise angeschlossene Kommunalverbände haben eine Kundgebung erlassen, in der es heißt, daß alle Versuche unserer Feinde, das Volk von seinem Kaiser und König zu trennen, ohne weiteres zum Scheitern verbannt sind und daß die weitesten Schichten des preußischen Volkes, weit entfernt in Kriegsmüdigkeit einen Frieden um jeden Preis zu erstreben, vielmehr den eisernen Willen haben, einen wirklichen Sieg zu erkämpfen, einen Sieg, der die gebrachten Opfer lohnt und feste Grundlagen für unsere Zukunft schafft. In diesem Sinne sind in letzter Zeit von Kreistagen aus allen Gauen Preußens in täglich noch wachsender Zahl Huldigungsdrahtungen an Seine Majestät den Kaiser und König abgegangen, in denen in begeisterten Worten ein Bekenntnis der Treue zum Herrscher und zugleich die feste Entschlossenheit zum Durchhalten bis zu solchem Siege zum Ausdruck gebracht wird.

Dreitägige Sommersitzung des Reichstages. Am Mittwoch hat sich der Reichstag bis zum 5. Juli vertagt. Die Sommersitzung, zu der er dann zusammentritt, dürfte nur von sehr kurzer Dauer sein. Es ist wahrscheinlich, daß das Haus nach drei Tagen bereits wieder bis zum Herbst in die Ferien gehen wird.

Graf Czernin hat sich ins Große deutsche Hauptquartier begeben. Außer ihm sind dort der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Zimmermann, eingetroffen.

Keine einseitige Verteilung des Druckpapiers. Dem Verein deutscher Zeitungsverleger ist auf seine unter dem 11. Mai an den Reichskanzler in der Papierfrage gerichtete Eingabe gestern folgende Antwort zugegangen: Die Reichsleitung hat bei ihren Bemühungen, der deutschen Presse das Durchhalten zu ermöglichen, auf die schwierigen Verhältnisse der kleinen und mittleren Pressen stets besondere Rücksicht genommen und gedenkt dies auch weiterhin zu tun. Es liegt also kein Anlaß zu der Befürchtung vor, daß eine einseitige Verteilung des Druckpapiers in Frage kommen könnte. Der Stellvertreter des Reichskanzlers: Helfferich.

Sonntagswahlen. Aus Rudolstadt wird gemeldet: Die Landtagsersatzwahlen in den Wahlkreisen Katzhütte und Königsee-Land, die auf Sonnabend, 23. Juni, angesetzt waren, sind — zum ersten Male geschieht das — auf einen Sonntag, nämlich den 24. nächsten Monats, verlegt worden. Es wird dabei betont, daß es sich nur um einen Ausnahmefall handle, indem man den Rüstungsarbeitern Gelegenheit geben will, ihr Wahlrecht auszuüben, ohne die Arbeit auszusetzen.

Holland.

Die erste Kammer nahm mit Stimmenmehrheit das Gesetz für Verfassungsrevision an.

Oesterreich-Ungarn.

Gestern vormittag begann die Gerichtsverhandlung gegen Dr. Friedrich Adler wegen Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh. Die Anklageschrift schildert im einzelnen den mörderischen Anschlag, die Ergebnisse der Voruntersuchung und das rückhaltslose Geständnis des Beschuldigten. Sie kommt zu dem Schluß, daß nicht nur politische Verblendung, sondern das Bewußtsein des persönlichen Zusammenbruchs Adlers, von dem sich infolge seiner leidenschaftlichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie alle Parteiführer abgewandt hatten, seine auf die Gewalttat gerichteten Gedanken verdichtet hatten.

Unsere Bezieher im Felde

wollen unter Angabe der genauen Adresse das Riesaer Tageblatt in der bisher gehandhabten Weise für den kommenden Monat Juni

sofort bestellen.

Bezugspreis für Monat Juni ins Feld: M. 1.25.
Verlag des Riesaer Tageblattes,
Riesa, Goethestr. 59.

Treue Liebe.

Kriminalroman von Erich Ebenstein. 49

„Weinen Sie nicht," murmelte er gepreßt, „auch ändern Tränen nichts an Ihrer Lage. Sie müssen nun ruhig und mutig handeln."

„Was soll ich tun?"

„Die Folgen Ihrer Unbesonnenheit auf sich nehmen. Das heißt: rückhaltlos die Wahrheit sagen, wenn man Sie darum befragt."

Lilian zitterte und wurde noch blässer, als sie schon war.

„O — aber das heißt auch mich der Verachtung und Lächerlichkeit preisgeben."

„Liegt Ihnen so viel an der Welt?"

„Nein, aber —"

„Hören Sie mich an: Dies ist ein unausweichlicher Abgrund, den Sie überschreiten müssen. Es wird Sie demütigen, es wird Sie leiden machen, aber Sie werden nicht allein gehen dabei. Für die Welt, welche sich vielleicht von Ihnen wendet, wird ein Freund Ihnen die Hand bieten, zur Wanderung in ein neues Leben. Diese Hand ist stark, denn ein unbeugsamer Wille leitet sie. Wenn Sie sich ihr unterwerfen, wird sie Ihre erhabenste Aufgabe darin erblicken, das Gute in Ihnen zur Blüte zu bringen, Sie glücklich zu machen und zu schützen nicht nur vor allem Ungemach der Welt, sondern auch — vor sich selbst! Wenn ich nur ein Pfand am Gelingen, und ein Preis wird mich belohnen. Wie Hermann reden, solange Sie wollen, und wenn wir dann geschieden, so wird niemand wagen, der Baronin Dallarina die schuldige Achtung zu versagen. Ihre Mutter kann auf meinen Wiedergewinn sich das Leben ganz nach ihrem Gefallen einrichten, kurz, es besteht lediglich Hindernis."

„Doch," fiel die Gräfin aufstehend ein, indem sie sich erschüttert abwendete, „mein eigenes Gefühl hilft das Hindernis. Wie tief ich auch in meiner eigenen und der Achtung aller dastehen mag, so erbärmlich bin ich doch nicht, daß ich das Opfer einer solchen Großmut annehmen könnte. Mein Leben ist verfehlt durch eigene Schuld, es soll keinen Schatten mehr in das eines Ehrenmannes wagen. Ja, ich werde der Wirklichkeit ins Auge gehen, denn eher unterziehen in das Dunkel einer Existenz, die nur mehr Arbeit und Pflicht kennen darf."

„Und ich — Lilian?" fragte er weich.

Sie sah ihn wehmütig an.

„Sie, mein Freund, werden mir eines Tages danken für diesen Entschluß, wenn die hochgehenden Wogen Ihres Edelmutes sich beruhigt haben werden."

Er trat dicht an sie heran und sah ihr tief in die Augen.

„Nein, Lilian. Sie täuschen sich, wenn Sie von Großmut oder Opfern sprechen. Ich bin ein nüchterner Mensch im allgemeinen und reichlich mit mir zu Rate gegangen. Und ich habe gefunden, daß die Liebe zu Ihnen stärker ist in mir als alles andere. Nur in einem Falle würde ich von Ihnen lassen, wenn Sie mir nämlich sagten: Ihre Abneigung gegen mich sei so stark, daß sich Ihre Seele mir niemals zuwenden könnte. Dies ist eine Frage, welche ich nicht vor Ablauf eines Jahres an Sie stellen wollte. Aber die Verhältnisse zwingen mich, diesen Entschluß aufzugeben, denn ich sehe keinen anderen Weg, Sie allen diesen Widerwärtigkeiten rasch zu entreißen, als, indem ich Sie um das Recht bitte, Sie beschützen zu dürfen. Damit ist nicht gesagt, daß Sie sich heute oder morgen entscheiden. Prüfen Sie sich gewissenhaft, und sagen Sie mir einst Tagen, ob ich hoffen darf auf mein Glück!"

Ehe die Gräfin antworten konnte, wurdem sie durch die Ankunft Mariens unterbrochen, welche rasch auf sie zukam.

Ihr leinen Gesicht trug einen verklärten Ausdruck, als sie der Gräfin beide Hände reichte und bewegt mit leiser Stimme sagte: „Liebe Mama, in zwei Tagen wird Hermann vor seine Richter treten, ich möchte, daß dann kein Schatten mehr zwischen uns liegt, nicht mehr, wir wollen alles Tollste, das hinter uns liegt, mit unserem lieben Toten begraben sein lassen?"

„Nun, liebe Gräfin, wollen Sie nicht wieder an die Sonne gleichen und diesen hochherzigen Schritt Ihrer Tochter als ein gutes Omen für die Zukunft nehmen?" sagte Dallarina tief aufatmend zu Lilian, die blaß und rot werdend dastand, unfähig, ein Wort hervorzubringen. Da neigt sie sich schließlich an Marianes Brust.

„O, Marion, Marion, aber Du weißt noch nicht —"

„Doch," antwortete Marion leise, „ich habe mit Hermann gesprochen, und Dr. Funke hat mir mitgeteilt, welch schwerlichen Verdacht man gegen Dich hat. Deshalb bin ich gekommen. Wir wollen zusammen überlegen, was dagegen zu tun ist, und nicht an der ewigen Gerechtigkeit verzweifeln."

23. Kapitel.

Der Tag der Verhandlung über den Mord an den Brüdern Lafardy war angebrochen.

Schon in den frühen Morgenstunden drängte sich eine ungeheure Menschenmenge am Tor des Landesgerichtsgebäudes in der Alserstraße, um Einlaß in den Saal zu erhalten.

Aber die Diener erklärten zur großen Enttäuschung der Harrenden, daß der Eintritt nur gegen Karten gestattet sei.

Trotzdem war der Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, und es herrschte eine beinahe erstickende Hitze in dem Raume, als zwei Diener plötzlich die Saaltüren öffneten und unter dem lautlosen Schweigen der Anwesenden die Mitglieder des Gerichtshofes ihre Plätze auf der Tribüne einnahmen.

Unter dem „Stammpublikum" wurden flüsternd Bemerkungen ausgetauscht. Der Präsident, die beiden ihn begleitenden Richter, Staatsanwalt Helmer — das waren bekannte Gestalten in diesen Räumen. Aber den Verteidiger, Dr. Funke, kannten nur wenige.

Die neugierigen Blicke, welche sich von allen Seiten auf ihn richteten, schienen dem jungen Mann indessen nichts von der Ruhe und Hoheit zu nehmen, die auf seinen Zügen lag.

Mit einem kleinen Lächeln grüßte er den Angeklagten, der soeben hereingeführt wurde, und nahm dann an dessen Seite seinen Platz ein.

Hermann Walter schien blaß und unruhig. Bang überflog sein Blick das Antlitz des Publikums, dann atmete er erleichtert auf.

„Ich danke Ihnen, daß Sie Marion am Erscheinen verhindert haben," flüsterte er seinem Verteidiger zu, „es wäre mir unerträglich, sie hier zu sehen."

„Und doch werden Sie es ertragen müssen. Sie ist unter den Zeugen." 244,2(

„Doch nicht, um auszusagen? Ich ließ sie doch bitten —"

„Sie bestand trotzdem darauf, da sie meint, sich der Aussage entschlagen, müsse den Verdacht gegen Sie verstärken."